

Zweite Sitzung – Deuxième séance**Dienstag, 6. März 1984, Vormittag****Mardi 6 mars 1984, matin**

8.00 h

Vorsitz – Présidence: M. Debétaz

Le président: Je tiens à souhaiter une cordiale bienvenue à M. Stich, conseiller fédéral. C'est la première fois, Monsieur le conseiller fédéral, que vous représentez l'Exécutif devant le Parlement. Nous sommes heureux que cette première ait lieu au Conseil des Etats, et je dois vous dire que nos vœux sincères vous accompagnent dans votre haute et difficile tâche.

83.052

Voranschlag der Eidgenossenschaft 1984 (150 Millionen)**Budget de la Confédération 1984 (150 millions)**

Bericht und Antrag des Bundesrates vom 25. Januar 1984

(Im Bundesblatt nicht veröffentlicht)

Rapport et proposition du Conseil fédéral du 25 janvier 1984

(Non publié dans la Feuille Fédérale)

*Antrag der Kommission**Mehrheit*

Nichteintreten

Demzufolge Annahme des folgenden Bundesbeschlusses:

Bundesbeschluss über den Voranschlag der Schweizerischen Eidgenossenschaft für das Jahr 1984 und die Bewilligung von Verpflichtungskrediten

Änderung vom ... März 1984

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht in einen Bericht und Antrag des Bundesrates vom 25. Januar 1984 über weitere Kürzungen im Voranschlag 1984 beschliesst:

I

Der Bundesbeschluss vom 14. Dezember 1983 über den Voranschlag der Schweizerischen Eidgenossenschaft für das Jahr 1984 und die Bewilligung von Verpflichtungskrediten wird wie folgt geändert:

Art. 2

Aufgehoben

II

Dieser Beschluss ist nicht allgemeinverbindlich, er untersteht nicht dem Referendum.

Minderheit

(Kündig, Ducret, Gerber, Letsch)

Eintreten

*Proposition de la commission**Majorité*

Ne pas entrer en matière

en conséquence, adoption de l'arrêté fédéral suivant:

Arrêté fédéral concernant le budget de la Confédération suisse pour l'année 1984 et l'ouverture de crédits d'engagements

Modification du ... mars 1984

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu le rapport et les propositions du Conseil fédéral du 25 janvier 1984 concernant des réductions supplémentaires dans le budget 1984, arrête:

I

L'arrêté fédéral du 14 décembre 1983 concernant le budget de la Confédération suisse pour l'année 1984 et l'ouverture de crédits d'engagements est modifié comme il suit:

Art. 2

Abrogé

II

Le présent arrêté, qui n'est pas de portée générale, n'est pas soumis au référendum.

Minorité

(Kündig, Ducret, Gerber, Letsch)

Entrer en matière

Belser, Berichterstatter: Gestatten Sie mir eine Bemerkung zur Vorgeschichte. Mit dem Voranschlag 1984 präsentierte der Bundesrat in der Finanzrechnung einen Ausgabenüberschuss von 1156 Millionen Franken. Kein Rat war bereit, einen solchen Fehlbetrag hinzunehmen. In der ständerätlichen Finanzkommission senkten wir den Fehlbetrag um 382 Millionen auf 774 Millionen Franken. Die nationalrätliche Finanzkommission verlangte anschliessend vom Bundesrat bis Anfang Dezember 1983 weitere Einsparungsvorschläge von 100 bis 250 Millionen Franken. Der Bundesrat legte daraufhin Einsparungen von 102 Millionen Franken vor. Beide Räte verabschiedeten letztlich den Voranschlag 1984 mit einem Fehlbetrag in der Finanzrechnung von rund 660 Millionen Franken. Dem Budgetbeschluss wurde jedoch ein Artikel 2 beigefügt mit folgendem Wortlaut: «Von der bewilligten Ausgabensumme bleiben 150 Millionen Franken gesperrt. Der Bundesrat wird eingeladen, die entsprechenden Kürzungen und die allenfalls nötigen Gesetzesänderungen bis zur Frühjahrsession vorzuschlagen.»

Dieser Artikel 2 stammte aus dem Nationalrat. Der Ständerat stimmte ihm zu – eher etwas lustlos. Dabei wurde auch angeführt, man wolle das Differenzbereinigungsverfahren nicht weiter belasten und man könne ja bei Vorliegen der bundesrätlichen Vorschläge eine materielle Wertung vornehmen.

In der Diskussion im Nationalrat legten die beiden Sprecher der Finanzkommission grosses Gewicht auf die angeregten Gesetzesänderungen: «Wir erwarten vom Bundesrat, dass er nochmals über die Bücher geht und sagt, welche Gesetze zu ändern wären, worauf der Rat zu entscheiden haben wird.» – Der Bundesrat ging über die Bücher. Er unterbreitet uns nun Kürzungsvorschläge von etwas mehr als 150 Millionen Franken. Aus zeitlichen Gründen verzichtet er aber auf jegliche Gesetzesänderung. Mehr als 120 Millionen oder fünf Sechstel dieser Einsparungen betreffen daher Investitionen. Der grössere Teil des Rests sind Darlehen. Mit 5 gegen 4 Stimmen empfiehlt Ihnen die Mehrheit der Finanzkommission, auf diesen Vorschlag des Bundesrates nicht einzutreten und den Artikel 2 des Budgetbeschlusses vom Dezember aufzuheben.

Vor Jahresfrist haben wir ein Beschäftigungsprogramm mit zusätzlichen Investitionen beschlossen. Diese Kürzungen schwächen eindeutig das Beschäftigungsprogramm. Auch wenn viel von einer Erholung der Konjunktur geschrieben wird, so ist dieser Aufschwung bei uns in vielen Gebieten doch nur recht stockend. Die hohen Zahlen von Ganzarbeitslosen sind, zumindest noch nicht, nach unten in Bewegung geraten. Kursänderungen in unserer Politik sollten in

so kurzer Zeit nicht gemacht werden; sie sind nicht von Vorteil.

Bei den Vorschlägen des Bundesrates handelt es sich nicht um eigentliche Einsparungen. Es sind Verschiebungen, also aufgeschobene Ausgaben. Wenn auch Investitionen oft in den Folgejahren Betriebsausgaben verursachen, so hat es in diesem Paket auch solche, die zu Einsparungen führen. Ich denke da an die Sanierung der Werkstätten in Buochs oder den Festungsmaterialpark in Bilten.

Im Blick auf die Sanierung der Bundesfinanzen ist auch auf ein vertrauensvolles Verhältnis zu den Kantonen zu achten. Neben Aufgabenteilung und Anschlussprogramm sollten wir keine neuen Unsicherheiten schaffen. Die vom Bundesrat hier vorgeschlagenen Kürzungen berühren aber auch wieder Zusicherungen an Kantone und Gemeinden. Wenn wir bedenken, dass wir im vergangenen Jahr Nachtragskredite von fast 500 Millionen Franken sprachen, ohne die Kredite aus dem Beschäftigungsprogramm, so wird die Verhältnismässigkeit und die Fragwürdigkeit dieser Streichübung bei Investitionen offensichtlich. Kein Kommissionsmitglied zeigte Begeisterung über die bundesrätlichen Vorschläge. Sparen wollte man ja bei Konsumausgaben. Man billigte aber dem Bundesrat zu, dass ihm in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht viele andere Möglichkeiten offenstanden, dem parlamentarischen Sparauftrag nachzukommen.

Bestand im Grundtenor in der Finanzkommission beinahe Einmütigkeit, so beurteilte man die Auswirkungen des Entscheides auf Verwaltung und Bevölkerung unterschiedlich. Ein Verzicht auf die Kürzungen mache uns unglaubwürdig, war die Ansicht der Minderheit; wer im Dezember A gesagt habe, müsse jetzt auch B sagen. Das glaube ich nicht; das Volk ist durchaus in der Lage, zwischen echten Einsparungen und Verschiebungen oder etwas kosmetischen Änderungen zu unterscheiden. Im übrigen hat der Bundesrat das Anschlussprogramm inzwischen verabschiedet, jene Vorlage, die Einsparungen über den geforderten Weg der Gesetzesänderungen bringt.

Ich bitte Sie daher, dem Antrag der Mehrheit Ihrer Finanzkommission zu folgen.

Kündig, Sprecher der Minderheit: Auch die Unterzeichner des Minderheitsantrages, mit dem wir auf die Vorlage eintreten möchten, sind sich bewusst, dass die Vorlage des Bundesrates nicht optimal ist. Einsparungen im Investitionsbereich tragen nach unserem Dafürhalten nicht das richtige Vorzeichen des Begriffes «Sparen». Wohl waren auch die Dezemberbeschlüsse der eidgenössischen Räte nicht sehr qualifiziert, weil etwas grobschlächtig ein Sparauftrag an den Bundesrat weitergeleitet wurde, ohne dass Schwergewichte, wie man sich das Sparen vorstellte, genannt wurden. Trotzdem bitte ich Sie, den Sparanstrengungen des Bundesrates zuzustimmen. Ich glaube tatsächlich, dass es hier um eine Frage der Glaubwürdigkeit geht.

Vor zehn Tagen haben wir mit dem Vorzeichen «Sanierung des Bundeshaushaltes» dem schweizerischen Strassenbenützer recht tief in die Tasche gegriffen, und heute will die Mehrheit eine bundesrätliche Sparvorlage verweigern. Vorwürfe, die an diese Vorlage gerichtet werden, gehen in drei Richtungen: einmal, dass das Parlament einen falschen Auftrag erteilt hätte; zweitens, dass Investitionen keine echte Einsparungen bedeuten (es würde sich dabei um Augenschere handeln; es seien nur verschobene Aufgaben, die uns in einem späteren Zeitpunkt recht massiv treffen würden); drittens, dass die Unterhaltsaufgaben nicht ohne Schaden und damit ohne zusätzliche spätere Kosten verschoben werden könnten.

Dazu erlaube ich mir, folgende Bemerkungen zu machen. Ich glaube nicht, dass es Auftrag des Parlamentes sein kann, hier Einzelmassnahmen für ein derartiges Sparprogramm vorzuschlagen. Wenn man Einzelmassnahmen vorschlagen will, dann kann und soll man dies im Rahmen der Budgetdebatte tun. Dies haben wir versucht, soweit es dem Parlament überhaupt möglich war. Das Parlament hat somit in solchen Aktionen einen Finanzrahmen festzulegen, innerhalb wel-

chem sich Einnahmen und Ausgaben zu bewegen haben; die Prioritätensetzung soll schlussendlich beim Bundesrat liegen, so wie er uns nun seine Prioritäten in dieser Vorlage vorlegt.

Direkt Vorwurf, Investitionen seien keine Einsparungen: Direkt wirksam sind sie sicher nicht, denn früher oder später werden diese Investitionen in den meisten Fällen wieder realisiert werden. Man muss aber bei diesen Einsparungen die Gesamtelation sehen. Die Relation mit den jährlichen Investitionen, die der Bund vorzunehmen gedenkt. Im Jahre 1983 waren es 3,3 Milliarden Franken. Im Jahre 1984 sollen es 3,94 Milliarden Franken sein. Nach der Kürzung um 150 Millionen Franken sind dies immer noch 14 Prozent mehr als im Vorjahr. Sind nun aber Verschiebungen von Investitionen tatsächlich keine Sparmassnahmen? Ich glaube, dass man hier auch eine andere Quantifizierung vornehmen kann, nämlich einmal die Belastung durch die Zinsen. Diese Investition löst vom Moment der Investition an Zinsen aus, was bei dem Betrag von 150 Millionen Franken zwischen 7 und 8 Millionen Franken jährlich wiederkehrende Kosten erbringt. Und auch die Folgekosten von Investitionen sind nicht gering; die Erfahrungen zeigen, dass die jährlich anfallenden Folgekosten bei 20 bis 30 Prozent der Investitionskosten liegen. So gesehen sind also auch Investitionen, die verschoben werden, echte Einsparungen.

Zur Frage der Beschäftigungslage: Es ist tatsächlich schmerzlich, dass durch dieses Sparpaket Investitionen verschoben werden sollen und dass es dem Bundesrat nicht gelang – es war zwar eine sehr kurze Zeit, und man muss dafür Verständnis haben –, in den Konsumausgaben die entsprechenden Einsparungen vorzunehmen. Es wird durch diese Vorlage im wesentlichen Bauvolumen reduziert. Ich bin überzeugt, dass dieses Volumen die schwierigen Anpassungsprobleme und die Redimensionierungen, die die gesamte Bauwirtschaft in den nächsten Jahren durchmachen muss, kaum mindert. Ich glaube deshalb nicht, dass man aus beschäftigungspolitischen Überlegungen nun diesem Sparauftrag nicht zustimmen soll.

Und nun zur Frage der Glaubwürdigkeit des Parlamentes: Bei aller Problematik des Vorschlages ist doch hervorzuheben, dass wir sowohl bei den letzten Abstimmungen über die Strassensteuern wie auch in anderen Belangen dem Schweizervolk immer wieder vordoziert haben, dass wir in Zukunft haushälterisch mit dem Geld umgehen wollen. Wenn wir nun aber einen Vorschlag des Bundesrates, in welchem er uns die Möglichkeit von weiteren Einsparungen von 150 Millionen Franken präsentiert zurückschicken, dann öffnen wir doch die Ausgabenschleuse zunehmend. Wir dürfen dann nicht erstaunt sein, wenn auf diese Weise auch in Zukunft wohl kaum je ein Ausgleich des Bundeshaushaltes erreicht werden wird.

Wenn der Bundesrat bereit ist, diesen ersten Schritt zu tun, so sollten wir ihn daran nicht hindern. Auch hier müssen wir wieder die Relation sehen. In der Tat und Wahrheit sparen wir damit 7 Promille des gesamten Bundeshaushaltes, also 70 Rappen auf 100 Franken realen Aufwand des Jahres. Wenn wir diesem Antrag nicht zustimmen, müssen wir unbedingt einen weiteren Forschungskredit aufnehmen für ein innovatives Vorhaben: für eine integrale Ausgabenbremse. Ich ersuche Sie deshalb, der Kommissionsminderheit zuzustimmen und auf die Vorlage einzutreten.

M. Ducret: Je suis personnellement favorable à l'entrée en matière. Nous avons l'occasion ce matin de parler séparément du budget d'investissement et de celui de fonctionnement. Hier, on a parlé du fonctionnement, mais d'une manière assez curieuse, on va trouver une opposition entre le vote qui est intervenu à cette occasion, sur la non-augmentation pour la recherche scientifique, et le vote d'aujourd'hui sur l'éventuelle diminution des investissements. Ceux qui ont dit non hier seront à peu près les mêmes qui diront oui aujourd'hui. Nous sommes précisément, M. Belsler et moi-même, dans cette situation.

En ce qui concerne l'investissement au fonctionnement, permettez-moi tout d'abord de rappeler très simplement

comment l'on paie ces investissements. Par trois moyens: on le fait avec le solde bénéficiaire du compte de fonctionnement; ensuite, avec les amortissements contenus dans le compte de fonctionnement et, enfin, avec l'augmentation de la dette. Dans le système comptable de la Confédération – et je le répéterai chaque fois que nous parlerons de finances – on ne retrouve pas cette différence entre le boni de la Confédération et l'amortissement, c'est tout. Actuellement, dans le compte 1984, il y a environ 3 milliards de francs de réserve qui sont le bénéfice du compte-fonctionnement et les amortissements pour payer les investissements. Cela ne suffit pas. Il faut augmenter la dette et cette augmentation doit être en gros de 600 millions de francs. Donc la discussion que nous avons ici est extrêmement politique car nous ne discutons pas seulement de la masse d'investissements que nous voulons faire, mais nous décidons aussi de l'augmentation de la dette de la Confédération. Or, ce discours-là est tenu unanimement par le Conseil fédéral, le Conseil national et le Conseil des Etats. Le but visé par ces trois entités politiques – quand on parle de l'assainissement des finances fédérales – c'est de ne pas et de ne plus augmenter la dette, ce qui est tout à fait clair. Je ne veux pas discuter de la philosophie de la non-augmentation de cette dette ou, au contraire, de la possibilité que notre pays a encore de l'augmenter, ce serait une trop longue discussion que nous n'allons pas entreprendre.

Mais enfin quels sont nos moyens pour limiter l'augmentation de cette dette et atteindre le but que visent les Chambres et le Conseil fédéral? Nous avons déjà modéré le budget de fonctionnement, et considérablement puisque l'on se plaint partout des mesures qui ont été prises. Nous avons déjà reporté sur les cantons et sur les communes 520 millions de francs et il reste maintenant la troisième possibilité: réduire les investissements puisqu' aussi bien les subventions ont été réduites et que nous avons appris hier, à la suite d'une conférence de presse que vous avez donnée, Monsieur le Conseiller fédéral, que l'on se préparait à diminuer, de l'ordre de 360 millions, les dépenses dans les prochains budgets, en maintenant à nouveau une réduction des subventions aux communes et aux cantons. Il ne reste, très franchement, qu'une alternative à savoir modérer aussi les investissements ou accepter l'augmentation de la dette. La question est là et pas ailleurs.

Les conséquences? Il faut, je crois, ramener les choses à leur juste niveau. Il est vrai que nous réduisons de 150 millions de francs les investissements mais n'oublions pas que c'est dans un premier temps, sur la liste qui nous a été proposée, ils avaient augmenté de 187 millions, c'est-à-dire que c'est l'augmentation que nous modérons. Entre 1982 et 1983, les investissements se sont accrus de 100 millions de francs, cela correspondait à l'évolution du coût de la vie. Entre 1983 et 1984, si vous acceptez la réduction de 150 millions, ils augmenteront encore de 37 millions. Comme le coût de la vie dans notre pays, heureusement, est modéré pour 1984, cela correspond à la même hausse que celle de 1982 à 1983. Vous ne faites donc rien de plus que de maintenir le niveau des investissements à ce que vous aviez décidé pour l'année 1983 et je constate que cette progression n'est pas négligeable dans de nombreux domaines. Plusieurs d'entre nous se sont exprimés en séance de commission au sujet de l'agriculture et il faut tout de même constater qu'un effort considérable est fait dans ce domaine, notamment pour l'agriculture de montagne qui doit être soutenue largement, c'est tout à fait clair, mais là nous passons à une contribution aux frais des détenteurs de bétail dans ces régions. Pour ne prendre que ces chiffres de 120 millions de dépenses en 1982, 152 millions en 1983 et 170 millions de francs en 1984, je pose alors la question: où est le péril, où est le drame? Il n'y en a pas. Nous sommes encore des gens riches, au niveau de nos investissements. Mais, s'il vous plaît, puisque nous avons pris la décision de modérer l'augmentation de la dette de la Confédération – et vous l'avez tous dit une fois ou l'autre, soit hier, soit au moment de la présentation du budget – je crois que maintenant – c'est indiscutable – cette modération va dans le sens

d'un vote affirmatif d'une réduction de 150 millions de francs concernant les investissements et les prêts de la Confédération pour 1984. Il est vrai qu'on y verrait plus clair si notre budget était présenté sous une autre forme, mais cela c'est une autre affaire. Je reprends simplement en conclusion ce que j'ai dit il y a un instant. Il y a trois façons de financer les investissements: par le moyen du bénéfice du compte d'exploitation et de fonctionnement, par le moyen des amortissements auxquels on peut procéder et par l'augmentation de la dette. Vous avez choisi de recourir aux deux premiers en votant le budget de fonctionnement. Vous choisirez aujourd'hui d'augmenter la dette de 150 millions ou de ne pas l'augmenter de 150 millions.

M. Genoud: J'aurais aimé pouvoir partager cette volonté de réduire les dépenses budgétaires de 150 millions, volonté qui s'est manifestée déjà au sein du Conseil national lors des débats sur le budget en décembre dernier. Je dois rappeler aujourd'hui, surtout à l'intention de ceux qui marquent leur étonnement devant les propositions du Conseil fédéral, que le représentant de ce dernier, M. Chevallaz, à l'époque chef du Département fédéral des finances ad interim, avait clairement exposé devant la Commission des finances qui débattait du budget en décembre 1983 que le Conseil fédéral ne pourrait réaliser l'économie supplémentaire qu'on lui demandait, pour la majeure partie du montant, qu'en diminuant les crédits d'investissement. Cela a été pour moi une raison suffisante de m'opposer, en décembre dernier, à cette coupe supplémentaire de 150 millions, car déjà alors je commençais à me poser la question de la crédibilité du Parlement qu'on évoque beaucoup, cette fameuse «Glaubwürdigkeit des Parlaments». J'ai constaté que voter d'une part en 1983 un programme spécial de relance et de soutien à l'emploi et, d'autre part, prêter la main à la suppression, dans le budget, d'une partie des crédits de construction proposés était le signe d'une incohérence qui est peut-être encore plus grave que le manque de crédibilité du Parlement. Il faut insister encore aujourd'hui sur cette crédibilité, j'en conviens, dans le cadre de l'examen d'un autre dossier que nous traiterons pendant cette séance et qui est celui du deuxième paquet de mesures destinées à soutenir l'emploi. Alors, parlons-en, de cette crédibilité. Sommes-nous crédibles quand, au cours de la même séance, nous supprimons dans un budget qui a été élaboré des crédits destinés à financer des constructions, des investissements et, d'un autre côté, nous votons d'autres mesures destinées à encourager l'activité économique dans le pays, à encourager ce qu'on nomme communément la «relance»? Je ne veux pas faire ici un plaidoyer en faveur des divers secteurs qui sont concernés par cette coupe envisagée de 150 millions. Je rappellerai simplement en passant qu'est également touchée, au titre des prêts et des interventions directes, l'aide aux pays en voie de développement. Je ne sais pas si, politiquement, c'est le moment de prêter une fois de plus la main à la réduction d'un crédit de ce genre.

Je peux évoquer également les dépenses militaires, en soulignant qu'on ne fait aujourd'hui aucune économie puisqu'on reporte simplement dans le temps des dépenses qui sont nécessaires. On s'illusionne donc un petit peu en donnant l'impression, car il s'agit d'une impression seulement, qu'on fait ou qu'on veut faire des économies.

Je pourrais parler aussi de l'agriculture. Si, comme on vient de le rappeler, les contributions versées aux détenteurs de bétail en région de montagne subissent une augmentation de 40 pour cent, je dois tout de même souligner que c'est à la suite d'une décision prise l'année dernière par le Parlement, qui s'est montré plus généreux que le Conseil fédéral en l'occurrence, et aujourd'hui, le Conseil fédéral est mis devant l'obligation de respecter des engagements qu'il a pris à l'époque. Il ne s'agit pas d'une disposition prise dans le cadre du budget, mais d'un arrêté datant de l'année passée ou plutôt, il s'agit d'un transfert de compétence, dans la loi, de l'Assemblée fédérale au Conseil fédéral et du vote d'un crédit du Parlement, qui est allé au-delà, je le répète, de ce que proposait le Conseil fédéral. Mais il faut se

souvenir que ces paysans de montagne n'avaient plus bénéficié d'une adaptation de leurs primes depuis l'année 1975. Pour juger de l'importance de cette augmentation de 40 pour cent, il faut également la mettre en relation avec le temps qui s'est écoulé entre 1975 et 1983, alors que, dans d'autres domaines, on en est à demander des adaptations de six mois en six mois; on estime qu'une adaptation une fois par année est insuffisamment sociale.

Je pourrais m'étendre davantage sur cette question, mais je ne crois pas qu'il soit judicieux de mettre en opposition l'agriculture, la défense nationale, l'aide au tiers monde, etc. Je constate seulement que, si l'on veut opérer cette réduction de 150 millions sous le prétexte de réaliser des économies, on entre dans le domaine de l'illusionnisme car, je le répète, la suppression de ces investissements ne représente pas une économie.

Pour ce qui regarde l'obligation de recourir à l'emprunt pour les financer, puisque nous ne disposons pas d'un cash flow qui serait le bénéficiaire ou les amortissements, je rappelle que ceux qui voulaient hier augmenter de 110 millions les crédits destinés à la recherche n'auraient pas pu trouver une autre voie pour disposer des moyens de financer cette dépense supplémentaire. Je crois que, si l'on n'approuve pas l'augmentation de la dette, il faudra revenir une fois de plus à ce que j'ai déjà réclamé ici même, non pas tant au moment de l'examen du budget qu'au moment des délibérations relatives à tous les objets qui comportent des dépenses, c'est-à-dire à une modération des dépenses. Il faut cesser de créer de nouvelles charges et d'imposer de nouvelles tâches à l'Etat.

On nous en proposera prochainement dans un domaine tout nouveau puisqu'on veut revenir à l'article 55^{bis} de la constitution pour aider l'information et la presse dans le pays. Je vois qu'on n'est pas encore tout à fait conscient que le moment est venu de tirer un trait sous les charges et les tâches de la Confédération et de ne pas en ajouter de nouvelles. C'est pourtant là que réside le problème concrètement et non pas dans une possibilité tout à fait illusoire d'amender après coup un budget au chapitre des investissements.

Voilà pourquoi je vous demande de bien vouloir vous en tenir à la décision de la majorité de la commission et de ne pas entrer en matière.

Weber: Herr Belser hat anlässlich der Differenzbereinigung zum Voranschlag 1984 – damals nicht als Kommissionspräsident, sondern als einziger Sprecher unserer Gruppe – die Gründe dargelegt, warum wir gegen diese komische Übung waren. Das, was er damals als Befürchtung zum Ausdruck gebracht hat, ist nun als nackte Wahrheit in den Anträgen des Bundesrates zum Ausdruck gekommen.

Diese Kürzungen bei den Investitionen sind nun wirklich keine Einsparungen. Die Wirtschaftslage sollte uns doch von einem solchen Gewaltakt abhalten. Noch vor einem Jahr haben wir uns bemüht – das ist bereits ausgeführt worden –, mit den Massnahmen zur Stärkung der Wirtschaft in entgegengesetzter Richtung durch Aufstockung der Mittel etwas Vernünftiges zu tun.

Was soll diese Zickzack-Politik? Wie soll eine solche Zickzack-Politik beim Volk Vertrauen wecken? Ich glaube nicht, dass das verstanden wird. So sehr Sparanstrengungen in der Bevölkerung verstanden werden, so muss nun bei ihr gerade die uns zugemutete Pseudosparübung Enttäuschung hervorrufen. Es gibt eben auch grosse Bevölkerungsteile, die denken können und solche Spiele zu durchschauen vermögen. Nicht dass wir uns einfach damit verträsten: das Volk glaubt nun wirklich, es sei da gespart worden, und im Grunde genommen liegt überhaupt nichts drin. Das ist aus dem Hüftgelenk geschossen, und man rechnet auf den Applaus.

Ich verzichte darauf, mit Zahlen anzutreten. Wenn Herr Kündig aber glaubt, mit den einzusparenden Zinsen überzeugen zu können, dann muss ich einfach darauf aufmerksam machen, dass es sehr wohl möglich ist, dass wir mit einer späteren Realisierung der geplanten Investitionen

beachtliche, durch die Teuerung bedingte Mehrkosten riskieren. Die Zinsen werden so oder so auf uns zukommen, und da wird wahrscheinlich «unter dem Strich» nichts mehr übrig bleiben, um zu sparen.

Wir haben bewiesen, dass wir dort, wo ein echtes und begründetes Sparen möglich ist, mitmachen; sei es beim Budget, sei es beim Sparpaket, bei der Aufgabenteilung, beim Verzicht auf wohl Wünschbares, aber nicht absolut Nötiges oder Verschiebbares. Es gibt aber auch ein Verantwortungsbewusstsein, das uns von solchen Gewaltakten abhalten sollte. Eine solche Budgetiererei kann kein Vertrauen wecken. Sie weckt höchstens die falsche Vorstellung: Wenn das möglich ist (150 Millionen Franken im Nachhinein noch sparen zu können), dann wäre wahrscheinlich auch noch mehr möglich gewesen; man hat uns da etwas vorgespielt.

Hier könnte man wirklich ein Bonmot, das da heisst: «Manche mögen das Pathos so sehr, dass ihnen der Text gleichgültig ist», etwa wie folgt abwandeln: «Manche mögen den Applaus für einen Antrag so sehr, dass ihnen dessen Sinn oder Unsinn gleichgültig ist.»

Ich bitte Sie, auf diese Sparübung nicht einzutreten.

Mme Bauer: Chacun d'entre nous admet la nécessité d'assainir les finances fédérales. Il faut reconnaître cependant que le système des réductions linéaires, adopté par notre Parlement depuis quelques années, n'est pas satisfaisant car il frappe indistinctement toutes les prestations de la Confédération. En fait, c'est une solution de facilité, c'est une dérobade devant l'exercice des responsabilités qu'on est en droit d'attendre d'un gouvernement et d'un Parlement. Elle dispense les autorités d'opérer des choix et de désigner des priorités. Et pourtant des priorités il y en a, c'est incontestable, et des tâches nouvelles, urgentes, qu'on méconnaît ou qu'on néglige. Mes collègues en ont cité quelques-unes, permettez-moi à mon tour de citer, parmi ces tâches qu'on peut considérer comme prioritaires, la protection de l'environnement qu'on amputerait de quelques dizaines de millions au moins ou encore l'aide publique au développement.

Je voudrais rappeler ici l'importance de la coopération technique qui, ainsi que le souligne le rapport du Conseil fédéral de 1973 sur la politique de sécurité de la Suisse, participe à la sécurité de notre pays en contribuant à la construction de la paix dans le monde. Le conflit Nord-Sud en effet, et on ne le répétera jamais assez, est aussi menaçant que le conflit Est-Ouest, tous deux étant par ailleurs étroitement liés. Aussi doit-on déplorer qu'appelé à faire des propositions pour limiter le déficit de la Confédération, une fois encore, une fois de plus, le Conseil fédéral propose de diminuer le subventionnement à des institutions telles que la coopération technique, plutôt que de chercher à réduire d'une manière générale les dépenses d'exploitation ou encore – ainsi que le proposait hier M. Reymond – les dépenses énormes affectées aux bâtiments de la Confédération.

Cette fois il s'agit de sabrer 12 millions supplémentaires, soit 1,5 million de francs pour la coopération technique, 2,5 millions de francs pour les participations aux banques régionales de développement et 8 millions pour les crédits mixtes accordés pour les prêts à l'étranger. Et pourtant, en 1980, le Conseil fédéral, suivi par le Parlement, déclarait vouloir augmenter progressivement l'aide publique afin qu'elle atteigne, en 1985, 0,35 pour cent du produit national brut, soit la moyenne à l'époque des pays industrialisés. J'ajouterais que l'aide publique moyenne de ces mêmes pays industrialisés a continué à augmenter et qu'elle se montait en 1983 à 0,38 pour cent du produit national brut. Dès octobre 1982 cependant le Conseil fédéral est revenu sur les engagements pris et il a proposé de geler à 0,26 pour cent le niveau de l'aide suisse au développement. Ainsi donc, après les 8 millions que les Chambres fédérales ont biffés pendant la session de décembre, cette nouvelle compression porte à 20 millions au total la réduction des crédits prévus pour 1984 au titre de l'aide au développement, par rapport au projet de budget du Conseil fédéral.

Je voudrais vous demander de ne pas suivre les propositions de la minorité de la commission et de refuser ces nouvelles déductions, ceci pour quatre raisons. Premièrement, et M. Genoud l'a mentionné tout à l'heure, le Conseil fédéral, ce Parlement perdent de leur crédibilité en revenant une fois de plus sur leur intention d'accroître progressivement la part de l'aide au développement. Deuxièmement, ils négligent totalement les besoins de nos sept grandes associations de coopération technique qui ont lancé l'initiative «Aider aujourd'hui pour survivre demain». Celles-là savent pourtant que les besoins sont immenses, qu'ils ne cessent d'augmenter, que la faim, que la désertification, le déboisement atteignent des proportions jamais connues et véritablement dramatiques. et que nous n'avons pas le droit de nous en accommoder. Troisièmement, ils refusent de prendre en considération les vœux des 206 000 signataires de la pétition qui expriment incontestablement une préoccupation largement partagée dans notre pays en faveur du principe d'une aide accrue. Quatrièmement, face à l'opinion publique internationale, la position de la Suisse n'est plus soutenable. Comment justifier plus longtemps une telle ladrerie, car c'est bien de ladrerie qu'il s'agit dès lors que la Suisse, l'un des pays les plus riches du monde, occupe désormais le seizième rang sur les dix-sept pays membres du Comité d'aide au développement de l'OCDE pour ce qui est du volume de leur aide? Comment la réputation de notre pays ne serait-elle pas entachée par une carence si patente, par un tel manque de solidarité? «Les économies que le Conseil fédéral veut réaliser sur le dos de l'aide au tiers monde sont une honte. Humainement c'est insoutenable!» C'est le colonel commandant de corps Zumstein, chef de l'État-major général qui a prononcé ces mots – parmi d'autres d'ailleurs – et je lui rends hommage car dans ce domaine il a prononcé de fortes et belles paroles que je suis heureuse de rapporter.

A l'encontre de certains pays qui se sont engagés à ne jamais réduire l'aide au développement, quelle que soit leur situation financière, la Suisse coupe et sabre les crédits au tiers monde à chaque occasion. Quelle insensibilité à la misère du monde, quelle dureté, quelle courte vue, quel aveuglement!

Pour conclure, je dirai que le Conseil des Etats fera preuve de maturité et que, dépassant les préoccupations à court terme, il marquera son souci du long terme, de la sécurité de notre pays et de la paix dans le monde en suivant la majorité de notre commission et en refusant d'entrer en matière sur les nouvelles déductions proposées.

Lauber: Als Vertreter eines Bergkantons bin ich gegen die Kürzung des Kostenvoranschlags um weitere 150 Millionen Franken.

Ich hatte bereits in der Dezembersession gegen den Beschluss des Nationalrates gestimmt. Der Bundesrat ist dem Kürzungsantrag nachgekommen. Die Massnahmen setzen schweremwichtig im Investitionsbereich ein. Notwendig wären Kürzungen der Konsumaufgaben, nicht zuletzt auch im Hinblick auf den Legislaturfinanzplan. Er sieht zwischen 1985 und 1987 eine Steigerung der Konsumaufgaben von 4 019 000 Franken auf 4 396 000 Franken vor, jedoch einen Rückgang der Investitionen von 415 auf 409 Millionen Franken.

Ich teile die Meinung, dass es sich bei den Kürzungen gewisser Investitionsbeiträge nur um eine Verschiebung handeln kann. Was also 1984 zurückgehalten wird, muss später ausgegeben werden, möglicherweise auf höherem Kostenindex, weil die Teuerung jeweils hinzugerechnet werden muss. Es handelt sich also um keine wirkliche Ersparnis.

Zudem – und das ist der Hauptgrund, dass ich hier interveniere – gehen viele Beiträge, die einer Kürzung zum Opfer fallen sollen, auf Kosten der Bergbevölkerung, des schwächeren Volksteils also. Nennen wir etwa die Rubrik «Anlagen zum Schutze der Gewässer». Natürlich bezieht sich die Summe auf die Gewässer des ganzen Landes, aber jedermann weiss, dass die Sanierung der Gewässer in volkrei-

chen Gegenden vorangeschritten ist, während sie in kleineren und mittleren Agglomerationen aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden musste. Jetzt, da endlich diese Regionen an die Reihe kommen sollen, verweigert der Bund die gesetzlichen Beiträge. Ich empfinde dies als Ungeerechtigkeit.

Noch krasser stellt sich das Problem für die Landwirtschaft. In der Rubrik «Kostenbeiträge an Viehhalter im Berggebiet» zwackt man beinahe 5 Millionen Franken ab; 6 Millionen streicht der Bund bei den Bodenverbesserungen und landwirtschaftlichen Hochbauten und 6 Millionen Franken bei den landwirtschaftlichen Investitionskrediten. Gemessen am grossen Nachholbedarf in der technischen Aufrüstung unserer Landwirtschaft und vor allem in der Berglandwirtschaft, ist auch der Betrag von 120 Millionen Franken pro Jahr noch sehr bescheiden. Andererseits sind gerade diese Meliorationskredite dazu angetan, der eigentlichen Grundlagenverbesserung in der Landwirtschaft einen guten Dienst zu erweisen. Gerade die landwirtschaftlichen Investitionskredite wirkten sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten segensreich aus. Es ist leicht zu errechnen, dass die Streichung dieser Beiträge weitgehend auf Kosten der Bergbauern geht, einer Bevölkerungsgruppe, die ohnehin nach wie vor um ihre Existenz ringen muss. Eine solche Politik muss ich ablehnen.

Auch die Kürzung im Futtergetreidebau im Betrage von fast 8,5 Millionen Franken erregt Unwillen. Eigentlich bringen die Bauern diese Gelder selbst auf, nämlich durch die Entrichtung von Preiszuschlägen auf Importgetreide. Deshalb ist diese Kürzung nicht gerechtfertigt. Ebenso unangebracht sind die Kürzungen in der Rubrik «Hauptstrassen» von 3,5 Millionen Franken und auch diejenigen in der Rubrik «Niveauübergänge, Massnahmen zur Trennung des Verkehrs» von 4 Millionen Franken.

Ich möchte es kurz ausdrücken: Das ganze Paket ist abzulehnen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich ergänzend anführen, dass das Prinzip der linearen Kürzungen, wie es in den letzten Jahren praktiziert wurde, einer auf echte Bedürfnisse abgestuften Finanzpolitik Platz zu machen hat. Wir entfernen uns je länger, je mehr von der Solidarität gegenüber schwachen Volksgruppen und finanzschwachen Kantonen.

Aus diesen Gründen ersuche ich den Rat, dem Vorschlag seiner Kommission zuzustimmen und die uns vorgelegten Kürzungen zum Voranschlag 1984 abzulehnen.

Bürgi: Ich möchte dafür plädieren, die Anträge des Bundesrates in den grösseren finanzwirtschaftlichen und politischen Zusammenhang zu stellen. Dazu drei kurze Überlegungen: Zum ersten möchte ich darauf hinweisen, dass die Milliardeneinnahmewunder im Bundeshaushalt, die Wunder der Jahre 1981 und 1982, offenkundig zu Ende sind. Wir müssen uns wieder auf eine vorsichtigeren Finanzgebarung besinnen, wir müssen ein Zeichen setzen für das künftige Budget. In der bisherigen Debatte wurde sodann mehrfach auf den beschäftigungspolitischen Aspekt der Anträge des Bundesrates hingewiesen. Darf ich in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass wir glücklicherweise eine leichte Konjunkturerholung zu verzeichnen haben. Sie ist nicht sensationell – ich gebe das zu –, aber sie besteht. Das gestattet uns eine gewisse Flexibilität im öffentlichen Investitionsbereich. Wenn wir diese Kürzungen annehmen, verbleiben immer noch mehr Investitionen im Bundeshaushalt als im Jahre 1983. Das ist offenbar auch der Grund, weshalb die Organisationen der Bauwirtschaft bereit sind, diese Kürzungen ohne Proteste hinzunehmen.

Noch eine politische Überlegung des Zweikammersystems: Die Finanzkommission des Nationalrates stimmt diesem Paket mit klarer Mehrheit zu und sie ist offenbar auch gewillt, es vor dem Rat entsprechend zu verteidigen. Wir sollten demgegenüber im Ständerat nicht ohne Not den Eindruck erwecken, wir möchten uns Sparanstrengungen entziehen. Bis jetzt hatte der Ständerat eine solide Reputation für eine zurückhaltende Finanzgebarung. Wir sollten sie nicht aufs Spiel setzen. Wenn ich das sage, verehrter Herr

Kollege Weber, so um eine Einteilung aufzugreifen, die Sie gemacht haben; ich hoffe, dass Sie mich nicht definitiv bei jenem Teil des Volkes einordnen, der nicht denken kann.

Meier Hans: Wie wir in dieser Frage auch entscheiden, es wird auf jeden Fall eine unbefriedigende Lösung bleiben. Ich habe Verständnis für die Minderheit, wenn sie befürchtet, beim Steuerzahler könnte der Eindruck entstehen, man rücke von den Sparbemühungen ab. Auch die Mehrheit steht fürs Sparen ein, kann aber diesen Weg nicht gehen. Herr Kommissionspräsident Belser hat schon darauf hingewiesen, was wir vor einem Jahr zur Ankurbelung der Wirtschaft beschlossen haben. Man muss sich auch die Frage stellen: Wie beurteilt der Bürger ein solches Vorgehen im heutigen Zeitpunkt? Wenn zuzugeben ist, was Herr Kollege Bürgi gesagt hat, dass sich bescheidene Anzeichen einer Belebung der Konjunktur bemerkbar machen, muss andererseits doch festgestellt werden, dass vor allem im Tiefbau die Aussichten alles andere als rosig sind.

In der Wintersession mussten wir unter grossem Zeitdruck dieser Sperrung zustimmen, wenn wir das Budget überhaupt unter Dach bringen wollten. Das war sehr unbefriedigend. Man durfte immerhin annehmen, im Nationalrat bestünden gewisse Vorstellungen, wo gekürzt werden soll: bei Konsumausgaben und nicht bei Investitionen, die ja ohnehin nur Verschiebungen darstellen und keine echten Einsparungen sind. Auch darauf wurde schon hingewiesen. Aber bei Verschiebungen können nicht nur Zinsen eingespart werden, sondern es müssen möglicherweise für Betrieb und Unterhalt Mehraufwendungen in Kauf genommen werden.

Ich sehe die Notwendigkeit der Einsparung dieser 150 Millionen Franken ein, kann aber aus grundsätzlichen Erwägungen einem solchen Vorgehen nicht zustimmen. Wir begeben uns auf einen gefährlichen Weg, wenn wir dem Bundesrat nur noch vorschreiben, in welcher Grössenordnung wir einen Ausgabenüberschuss akzeptieren, und die endgültige Festsetzung einer grossen Zahl von Budgetpositionen dem Bundesrat überlassen.

Kündig, Sprecher der Minderheit: Ich erlaube mir, zu den Ausführungen von Herrn Lauber noch einige Bemerkungen zu machen, und zwar deshalb, weil der Eindruck aufkommen könnte, dass mit diesen Sparmassnahmen das Berggebiet und die Landwirtschaft im besonderen getroffen würden. Das kann nie die Absicht dieser Sparmassnahmen sein. Ich möchte das anhand der auf Seite 2 des roten Blattes aufgeführten Details kurz zu erläutern versuchen. Wenn Sie den Futtergetreidebau nehmen, der in der Jahresrechnung 1982 101 Millionen Franken ausmachte, im Voranschlag 1983 102 Millionen, so wurde der Voranschlag 1984 auf 113 Millionen erhöht. Dabei ist folgendes festzustellen: Beim Futtergetreidebau legt der Bundesrat die Anbauprämien fest, und diese Anbauprämien werden nicht verändert. Sie bleiben also genau so, wie sie waren, aber man sieht heute schon, dass der budgetierte Betrag von 113 Millionen Franken nicht notwendig ist. Deshalb wurde die Kürzung um 8,4 Millionen Franken vorgenommen.

Bei der zweiten Position, Kostenbeiträge an die Viehhalter im Berggebiet, die Sie auch als Beispiel mangelnder Solidarität aufgezeigt haben, ist es sehr ähnlich. Im Jahre 1982 waren es 120 Millionen Franken. Der Voranschlag 1983 sah 152 Millionen vor. Für den Voranschlag 1984 wurden 175 Millionen Franken eingesetzt, die nun um 4,8 Millionen auf 170 Millionen gekürzt werden. In Tat und Wahrheit ist aber der Betrag, der an die Viehhaltung im Berggebiet geleistet wird, im Gesetz festgelegt. Es wird kein einziger Franken weniger ins Berggebiet fliessen. Man hat einzig festgestellt, dass man nicht soviel Geld braucht. Es handelt sich also nicht um eine Frage der Solidarität.

Ähnliches könnte man auch sagen bei den Investitionskrediten an die Landwirtschaft. Sie wurden von 13 Millionen im Jahre 1982 auf 15 Millionen im Jahre 1983 erhöht, und von diesen 15 Millionen ging man im Voranschlag 1984 auf 30 Millionen. Es wurde also eine Verdoppelung vorgenommen,

von der man nun wieder 6 Millionen abstreicht. Es handelt sich somit immer noch um eine Erhöhung von 15 Millionen auf 24 Millionen Franken. Unter diesen Vorzeichen und in genauer Kenntnis dieser Zahlen kann man nicht davon sprechen, man würde dabei die Solidarität zum Berggebiet vergessen. Dies wollte ich noch beifügen, weil ich doch den Vorwurf als solchen zurückweisen muss.

Bundesrat Stich: Bei dieser Vorlage handelt es sich nicht um ein Programm des Bundesrates, sondern der Bundesrat hat eine Hausaufgabe erledigt, die er vom Parlament bekommen hat. Dafür hat er relativ wenig Zeit gehabt, aber ich glaube nicht, dass die Zeit hier von Bedeutung ist. Man muss davon ausgehen, dass diese Vorlage in einer Zeit geboren worden ist, wo man auf der einen Seite bereits ein Anschlussprogramm bearbeitet hat und andererseits die Vorlage zur Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen in den Räten behandelte. Wenn man sich dessen bewusst ist, muss man sich ganz klar sein, dass für zusätzliche Einsparungen relativ wenig Raum übrig bleibt. Deshalb ist es eigentlich fast selbstverständlich, dass das Schwergewicht bei den Investitionen bzw. bei den Beiträgen hat liegen müssen. Der Bund hat im letzten Jahr zusätzlich rund 300 Millionen für Beschäftigungsmassnahmen ausgegeben, und in diesem Jahr will er nun ungefähr die Hälfte dieses Betrages einsparen. Die Frage, ob die wirtschaftliche Lage dies erlaubt, müssen Sie entscheiden, wenn Sie heute zu diesem Programm Stellung nehmen.

Trotzdem darf man nicht sagen, es würden damit keine Einsparungen vorgenommen. Es ist zweifellos richtig, dass mit der Verschiebung von Investitionen die Ausgaben momentan reduziert werden. Andererseits hat der Bundesrat diese Investitionen bei der Budgetierung als wichtig erachtet, weshalb sie später nachgeholt werden müssen, denn überflüssig werden sie dadurch nicht. Deshalb müssen Sie damit rechnen, dass eben diese Vorlagen später wiederkommen.

Was eingespart wird – es ist bereits gesagt worden –, sind Zinsen und unter Umständen auch direkte Kosten im Zusammenhang mit den Investitionen. Umgekehrt muss man bedenken, dass durch den Aufschub die Sache wieder etwas teurer wird. Im Moment besteht allerdings immer noch eine Differenz zwischen den Zinssätzen, welche der Bund bezahlen muss, und der Teuerungsrate, so dass Sie davon ausgehen können, dass netto tatsächlich gespart wird.

Wie Sie bei diesem Programm auch entscheiden werden, für den Bundesrat bedeutet es sicher nicht, dass er in den Sparanstrengungen nachlassen wird. Es ist die Absicht des Bundesrates, den Finanzplan einzuhalten und vor allem eine Sanierung der Bundesfinanzen bis zum Ende der Legislaturperiode durchzuführen. Das ist notwendig, damit der Bund selber wieder etwas Spielraum bekommt für neue Aufgaben, denn neue Aufgaben wird es für den Bund immer wieder geben. Aber Sie dürfen sicher auch sehen, dass der Bundesrat bereit ist, weitere dauerhafte Anstrengungen zum Sparen zu unternehmen.

Wir werden bekanntlich in diesem Monat noch an die Geschäftsprüfungskommission den Bericht über die Aufgabenüberprüfung abliefern. Der Bundesrat hat beim Vorschlag der Reduktion der Arbeitszeit nicht vorgeschlagen, für die Verwaltung zusätzliche Stellen zu beantragen. Wenn man aber ohne zusätzliche Stellen auskommen will, dann muss der Bund im Verwaltungsbereich einige Anstrengungen unternehmen, um eben rationeller arbeiten zu können, denn sonst ist diese Zielsetzung nicht denkbar.

Es ist nun an Ihnen, zu diesem Programm Stellung zu nehmen. Das Parlament hat es verlangt; der Bundesrat hat es Ihnen vorgelegt. Er hat allerdings die liebenswürdige Qualifikation bekommen, es sei nicht optimal; aber etwas Optimaleres im Bereich des Sparens war in dieser Zeit nicht zu bewerkstelligen.

Grundsätzlich möchte der Bundesrat von kurzfristigen Sparübungen wirklich wegkommen. Denn in der Zukunft sollten die Kantone, aber auch die Gemeinden und andere,

die auf Zahlungen des Bundes angewiesen sind, wissen, was sie tatsächlich zugut haben. Die Berechtigten sollten die Beträge dann auch bekommen, wenn sie es zugut haben.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit (Nichteintreten) 22 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit (Eintreten) 20 Stimmen

Le président: L'entrée en matière est donc refusée. La majorité de la commission vous propose dès lors l'adoption de l'arrêté fédéral. Je donne la parole au président de la commission.

Belser, Berichterstatter: Wir sind der Meinung, wir sollten dem von der Kommission vorgelegten Bundesbeschluss in globo zustimmen.

Le président: Le président de la commission nous propose maintenant de voter le projet proposé par la majorité de la commission *in globo*. Y a-t-il une autre proposition? Tel n'est pas le cas.

Bundesbeschluss – Arrêté fédéral

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes 20 Stimmen
Dagegen 16 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

83.076

Bundespersonal. Teuerungszulagen Personnel fédéral. Compensation du renchérissement

Botschaft und Beschlussentwurf vom 28. November 1983 (BBI IV, 545)
Message et projet d'arrêté du 28 novembre 1983 (FF IV, 549)

Antrag der Kommission Eintreten

Proposition de la commission Entrer en matière

Heftl, Berichterstatter: Der gegenwärtig in Kraft stehende Bundesbeschluss über die dem Bundespersonal zu gewährenden Teuerungszulagen läuft Ende dieses Jahres ab. Der Bundesrat beantragt, denselben um vier weitere Jahre zu verlängern.

Derzeit wird die Teuerung halbjährlich ausgeglichen, aufgrund der jeweiligen Lebenskosten. Bis jetzt galt hierfür als Massstab exakt der Stand des Lebenskostenindex für die Konsumentenpreise. Neu soll der Ausgleich an sich nur noch einmal im Jahr erfolgen. Der Bundesrat will sich allerdings die Kompetenz geben lassen, eine zusätzliche Teuerungszulage zum Ausgleich der zwischenzeitlich eingetretenen Teuerung ausrichten zu können, wobei die wirtschaftlichen Verhältnisse zu prüfen sind.

Die Mehrheit Ihrer Kommission beantragt, dass künftig in jedem Falle die Teuerung nur noch einmal im Jahr auf den 1. Januar auszugleichen sei und auf die erwähnte Kompetenz zu weiteren Zulagen verzichtet werde. Eine Minderheit will hier am bundesrätlichen Vorschlag festhalten. Einen anderen Punkt schlägt der von der Minderheit vorgeschlagene Absatz 1bis bei Artikel 2. Danach soll der Bundesrat befugt sein, sofern es die wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern, die Teuerungszulagen tiefer als gemäss Indexstand anzusetzen, wobei allenfalls nach Besoldungsklassen

abzustufen wäre. Die Mehrheit konnte sich dem nicht anschliessen.

Sodann hat uns heute Herr Kollega Miville einen Strauss von Anträgen und Eventualanträgen beschert. In der Kommission hatte er diese noch nicht gestellt.

Der Kommissionsbeschluss, die Teuerung jährlich nur noch einmal auszugleichen, gab Anlass zu Vorwürfen, der Grundsatz des automatischen vollen Teuerungsausgleiches sei verleugnet worden. Man kann sich jedoch fragen, ob der kleine Schritt der Kommission bereits eine solche Verletzung bedeute. Aber auch wenn dem so wäre, darf ein starrer Automatismus beim Teuerungsausgleich je länger, je weniger als Tabu betrachtet werden. Das widerspräche schon einem Postulat, welches unser Rat 1981 angenommen hat und welchem um so mehr Bedeutung zukommt, als es bestritten worden war, aber dann doch die Zustimmung der Dreiviertelmehrheit fand.

Diejenigen, welche dieses Tabu auch nur leicht zu hinterfragen beginnen, versucht man mit dem Vorwurf zu geschweigen, sie wollten den Teuerungsausgleich überhaupt zu Fall bringen. Davon ist aber nicht die Rede. Hingegen müssen wir auch die Grenzen sehen, welche in dieser Sache bestehen. Den Folgen einer Verschlechterung der Wirtschaftslage – wenigstens soweit hierfür Preiserhöhungen bei Importen und Leistungsabfall im Inland die Ursache sind – können wir uns auf die Dauer nicht einfach durch den Teuerungsausgleich entziehen. Dadurch werden nur die erforderlichen Anstrengungen zur Überwindung der Schwierigkeiten hinausgezögert. Das Ergebnis eines solchen Laissez-faire ist uns aus gewissen ausländischen Staaten bekannt. Es werden plötzlich Reduktionen in einem Ausmasse notwendig, die nicht nur für alle viel härter sind, sondern es ergeben sich, wie meist bei abrupten und einschneidenden Eingriffen, in anderer Hinsicht Nachteile. Eine vernünftige Regierung, ein vernünftiges Parlament und ein vernünftiges Volk werden kleine Korrekturen zurzeit grösseren Schäden in der Zukunft vorziehen.

Auch unter jenen, welche jetzt den uneingeschränkten Teuerungsausgleich erhalten, fehlt es nicht an Leuten, welche vor den angetönten Zusammenhängen die Augen nicht verschliessen. Andere aber scheinen sich gegen auch nur die geringste persönliche Einbusse zu sträuben. Das staatliche Personal sollte eigentlich nicht unerbittlich darauf beharren, sich derart von der Privatwirtschaft zu distanzieren. Wir wissen, wenn wir es auch nicht gerne sagen, dass namentlich beim zweiten Sektor – und ohne ihn vermögen auch die anderen nicht zu bestehen – vielfach ein zu hohes Kostenniveau Hauptgrund für die heutigen Schwierigkeiten bildet.

Sodann können – beim Gewicht, das heute dem Bund in den meisten Bereichen des nationalen Lebens zukommt – dessen Beamte in verantwortlicher Stellung einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Teuerungsentwicklung ausüben. Auch von hier aus fragt es sich, ob es richtig ist, diese vollständig von den Folgen einer Teuerung abzuschirmen. Das gilt auch für den Bundesrat. Anlässlich einer Wirtschaftsdebatte in unserem Rat im Herbst 1982 habe ich bemerkt: «Bei der Frage des Teuerungs- und Indexautomatismus möchte ich dem Bundesrat keinesfalls unterschieben, auch persönliche Überlegungen mitspielen zu lassen. Um so mehr kann er hier gewisse Initiativen ergreifen und sich dabei immer noch vom französischen Staatspräsidenten und seiner Regierung rechts überholen lassen.» Von mir aus gesehen möchte ich bemerken, dass sich der Bundesrat in dieser Sache immer noch etwas schwer tut.

Namens der Kommission beantrage ich Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung zu den Kommissionsanträgen.

Moll: Sie haben aus dem Votum des Kommissionspräsidenten gehört, dass der Grundsatz der Ausrichtung einer Teuerungszulage an das Bundespersonal grundsätzlich nicht bestritten ist. Ich möchte auch vorweg darauf hinweisen, dass sich sicher der Antrag des Bundesrates, aber auch die Anträge der Kommission und der Minderheitsantrag von Herrn Letsch nicht gegen das Bundespersonal richten und

Voranschlag der Eidgenossenschaft 1984 (150 Millionen)

Budget de la Confédération 1984 (150 millions)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1984
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	83.052
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.03.1984 - 08:00
Date	
Data	
Seite	12-18
Page	
Pagina	
Ref. No	20 012 408

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.